



## Antrag

der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Abgeordneten des SSW

### Neue Partner und Nachbarn willkommen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die zehn neuen Mitglieder der Europäischen Union, die durch ihren Beitritt am 1. Mai 2004 die Spaltung Europas endgültig beenden.

Er beglückwünscht die beitretenden Staaten zu ihren beträchtlichen Fortschritten bei der Erfüllung der Beitrittskriterien und sichert seine Unterstützung und Zusammenarbeit für die gemeinsame Zukunft in Europa zu.

Mit der Erweiterung kommt das Land Schleswig-Holstein auch seinem strategischen Ziel, der weiteren Vertiefung der Ostseekooperation, ein großes Stück näher. Aus Partnern in Polen und im Baltikum werden EU-Nachbarn und die Ostsee ein Zentrum der europäischen Entwicklung. Dadurch werden neben einem Zusammenwachsen in gemeinsamer kultureller Identität Europas die wirtschaftlichen Beziehungen gestärkt.

Um die russischen Ostsee-Regionen in den Entwicklungsprozess einbeziehen zu können, fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, die Kooperation mit Russland weiter zu intensivieren, besonders in Hinsicht auf die zukünftige Stellung des Oblast Kaliningrad.

Er unterstreicht, dass die regionalen Gebietskörperschaften eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der EU-Politik in den einzelnen Bereichen und in der Unterstützung der neuen Mitglieder bei der Weiterentwicklung ihrer Strukturen in Justiz und Verwaltung spielen.

Schleswig-Holstein wird auch in Zukunft seine „neuen Nachbarn“ darin unterstützen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Europäische Verfassung noch vor der Europawahl am 13. Juni 2004 verabschiedet wird, damit

- die Grundrechtecharta rechtsverbindlich für alle Bürgerinnen und Bürger wird,
- Europa mit einer Stimme sich für Frieden, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit einsetzen kann,
- das Europäische Parlament gestärkt wird,

- die Unionsbürgerinnen und -bürger mehr Einfluss auf die europäische Politik nehmen können
- und das Subsidiaritätsprinzip durchgängig Anwendung findet.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert alle Bürgerinnen und Bürger, die Verbände und Nicht-Regierungs-Organisationen auf, die großen Chancen, die sich durch die Erweiterung ergeben, zu nutzen, um die menschliche Begegnung, Kultur und Wirtschaft der neuen Partner und unseres Landes nachhaltig zu fördern.

Ulrike Rodust  
und Fraktion

Manfred Ritzek  
und Fraktion

Joachim Behm  
und Fraktion

Detlef Matthiessen  
und Fraktion

Anke Spoorendonk  
und SSW-Abgeordnete